

Roberto Cañas war einer der Führer der Guerrillabewegung FMLN in El Salvador, die sich nach dem Friedensschluss in eine politische Partei umwandelte und heute den Staatspräsidenten stellt. SEMANA veröffentlicht am 9.5.2017 ein Interview mit ihm:

„Entweder die FARC passt sich an und verändert das System, oder es wird sie verändern“

Frage:

Wie komplex ist die Veränderung, der sich die FARC unterzieht?

Antwort:

Auch der Einstieg der FMLN ins politische Leben war das Ergebnis eines Friedensabkommens. Man verhandelte darüber, dass sie zu einer Partei werden und eigene Radiosender haben könnten, sich legalisieren und zu einem weiteren Akteur im Parteiensystem werden könnten. Es war eine Verwandlung von einer politisch-militärischen Organisation in eine politische und um Wählerstimmen werbende. Es war etwa so, als würde man die Fußballmannschaft Kolumbiens zur Basketballmannschaft machen. Als spiele man nicht mehr mit den Füßen, sondern nun mit den Händen. Es war eine Drehung um 180 Grad, und es brauchte Zeit, bis man bei Wahlen wettbewerbsfähig wurde.

F:

Das heißt also, es wird nicht so leicht sein, Politik zu machen, wie viele das glauben?

A:

Es geht um einen doppelten Wandel: den von einer Guerrilla zur politischen Organisation und den von einer Untergrundorganisation in eine öffentliche Partei. Das ist nicht einfach, denn es dauert relativ lange. Es ist nicht sicher, dass die ersten Wahlen, an denen eine solche Bewegung sich beteiligt, gleich erfolgreich sein werden. Es ist nicht leicht.

F:

Was macht es so schwierig? Warum sagen Sie das?

A:

Man muss einen Mechanismus aufbauen, der garantiert Stimmen zieht und der diese danach auch behält, damit er selbst erhalten bleibt. Dafür bedarf es großer Anstrengungen. Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens brauchte die FMLN 15 Jahre, um die Präsidentschaft zu erringen. Damit das wahr werden konnte, bedurfte es eines Prozesses des Aufstiegs im Sinne von sich schrittweise erhöhenden Stimmenzahlen. Diese Entwicklung kann man ansehen aus den Wahlergebnissen. Es ist nicht so, dass man sich über Nacht zur politischen Partei erklärt, und alles geht wie von selbst.

F:

Nennen Sie ein Beispiel...

A:

Bei den Wahlen sind 84 Parlamentssitze zu vergeben, und als die FMLN 1994 erstmals teilnahm, gewann sie 21, und das war kein schlechtes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass noch viel Pulverdampf in der Luft war. Drei Jahre später waren es 27 Abgeordnete, dann 31, bis man schließlich zur zweiten und heute zur ersten politischen Kraft im Land wurde.

F:

Was kommt nach der Niederlegung der Waffen auf die FARC zu?

A:

Sie steht vor der Entscheidung, ob sie die Form ihres Kampfes und ihrer Organisation erfolgreich ändern wird oder nicht. Was sie braucht, ist ein nahezu totaler Umbau ihrer Art, Politik zu machen, denn um sich dort zu behaupten, muss sie wettbewerbsfähig sein und über einen Think Tank verfügen, der Analysen und Vorschläge erarbeitet. Sie braucht zur Vermittlung fähige Führer, die öffentliche Wirksamkeit entfalten, und in manchen Fällen ist das schwer, weil die alten Kommandanten eher griesgrämig wirken.

F:

Wozu raten Sie also?

A:

Im Werben um Wählerstimmen ist es wichtig, „Sie“ zu sagen um bestehen zu können. Dazu bedarf es für diese Guerrillaorganisation einer soliden Grundlage dafür, wie Politik gemacht wird. Das heißt: Bündnisse, Finanzen, eine Wahlkampfmaschinerie und große Herausforderungen. Es ist nicht der Zauberstab einer Märchenfee, der über Nacht Probleme löst.

F:

Was glauben Sie, welches Szenario uns bevorsteht, wenn mehr als 7000 Mitglieder der FARC in die Politik gehen werden?

A:

Da muss man mit mehreren Sachen rechnen. Für diejenigen, die 20-50 Jahre in der Guerrilla verbracht haben, ist das soziale Netz zerrissen, das sie einmal hatten. Dieser Riss bedeutet, dass sie sich von ihren Familien getrennt haben, von ihrem Erlernten, von ihren Kindern. Daher ist es normal, wie es in unserem Fall geschehen ist, dass nach Beendigung des Konflikts viele frühere Kämpfer dieses Netz wieder herstellen wollen. Viele kehren nach Hause zurück und erkennen z.B., dass ihre Mutter krank ist, dass sie Zeit mit ihren Kindern nachholen wollen, wieder studieren wollen, und diese Leute haben das Recht zu dieser Neuknüpfung ihrer sozialen Netzwerke. Und es sind nicht wenige Personen, die das wollen. Dazu kommt noch der Wiedereintritt ins wirtschaftliche Leben des Landes, denn sie müssen von etwas leben. Sie brauchen Jobs oder Programme zur Unternehmensgründung.

F:

Und die anderen?

A:

Eine der grundlegenden Festsetzungen ist für den Eintritt in den politischen Wettbewerb: Sie verändern das System, oder das System wird sie verändern. Das große Dilemma besteht darin, dass man von Anfang an versteht, dass die FARC in die Politik geht, um Veränderungen auszulösen und nicht, um vom System verändert zu werden. Daraus rührt die weitere Idee: Wird es möglich sein, die Spielregeln zu akzeptieren wie sie sind, um an die Regierung zu kommen? Das ist schwierig. Die FMLN in El Salvador hat das in 20 Jahren nicht geschafft.

F:

Im Fall von El Salvador: Wie viele waren es und wie viele davon landeten in der Politik?

A:

Ich kenne keine genaue Zahl der Bewaffneten und derer, die Unterstützer, Zuarbeiter oder städtische Kommandos waren. Zweifellos wird sich die soziale Zusammensetzung der FARC verändern, und darin liegt ein weiteres Dilemma, das bevorsteht: Wie vermischen sich die alte Struktur, von früheren Kommandanten gebildet, mit den Jungen, denen diese Prägung fehlt, weil sie biologisch in die heutige Realität gehören? Das heißt, es handelt sich um zwei Gruppierungen, nämlich die originäre und ein neues Kontingent Junger, die nicht im Krieg waren, nicht im Urwald, aber mit deren Kenntnissen das politische Projekt machbarer wird. Aber das hat auch Konsequenzen, denn wenn es keine politische Formierung gibt, wird man mit einer Entideologisierung der neuen Partei zu rechnen haben und damit, dass die Ideale begraben werden, weil viele eben das Leben im Untergrund und den Guerrillakrieg nicht kennen.

F:

Welche Lektionen lehrt die Wandlung der FMLN?

A:

Es sind vier Dinge, die zu beachten sind, wenn eine politisch-militärische Organisation erfolgreich im politischen Wettbewerb werden will. Das erste ist der Aufbau einer Wahlkampfmaschinerie mit territorialer Verankerung, die es möglich macht, zu den Wählern zu gelangen und diese zu motivieren, ihre Stimmen für die Organisation abzugeben, also für die FARC. Ein solche Maschinerie aufzubauen, um die Zahl der Wählerstimmen zu steigern, geht nicht wie die Zubereitung von Nescafé.

F:

Und die anderen drei?

A:

Dabei handelt es sich hier wie in El Salvador oder anderswo in der Welt um eine Art Unternehmen. Der Grund? Es müssen bedeutende Summen Geldes investiert werden, als Treibstoff, um die Wahlmaschinerie ins Laufen zu bringen. Büros sind zu eröffnen, ein Stamm von Aktivisten ist zu bilden und es ist festzulegen, welche Art Werbung die Partei betreiben will. Drittens werden Kandidaten benötigt, und es ist sehr schwierig, dass die FARC das in wenigen Monaten schafft. Kandidaten nämlich, die zu den heutigen Bedingungen, die zu der heutigen politischen Welt passen, Leute also, die, wie Sartory sagt, in der „Videopolitik“ bestehen können. Ohne die Videopolitik kann man heute keine Wahlkampagne führen, ohne Präsenz in den sozialen Netzwerken und Aktivität in den Medien, und deswegen muss man eine Führungsschicht heranbilden, die dazu passt.

F:

Haben in El Salvador die bekanntesten Gesichter der Guerrillabewegung Politik gemacht oder haben Bündnisse eine Schlüsselrolle gespielt?

A:

Die Fähigkeit zur Bildung von Allianzen ist wichtig, um Wahlkämpfe dort zu führen, wo der Guerrilla noch immer der Pulvergeruch anhaftet. Was Nuancen in das Erscheinungsbild einer Guerrillaorganisation bringen kann, sind Bündnisse. Im Fall El Salvadors nahm die Guerrilla erstmals

an den Präsidentschaftswahlen 1994 mit einem Kandidaten der Demokratisch-Revolutionären Front teil, also einer verbündeten Organisation. Die Vollblutkandidaten der FMLN traten erst im 21. Jahrhundert auf den Plan. Erst 2009 kandidierte ein Vollmitglied für die Präsidentschaft und gewann.

F:

Die lateinamerikanische Linke hat gezeigt, dass sie zu regieren versteht, ohne große soziale Transformationen vorzunehmen; was ist dabei zu beachten?

A:

Ich glaube, dass der Kitt, der eine Guerrillaarmee zusammenhält, die Konfrontation mit dem Regierungssystem ist. Verschwindet dieser einigende Faktor, also der allgemeine Feind, als den man ihn im bewaffneten Konflikt verstand, entstehen Räume für die Spaltung, neue Tendenzen, unterschiedliche Sichtweisen. Viele verlassen die politische Formation und eine Serie von Faktoren verbindet sich, die, wenn man mit ihr nicht umzugehen weiß, zu dem führen, was mit der Nationalen Revolutionären Bewegung Guatemalas geschah. In unserem Fall war es erfolgreich, denn nach dem Umschwung wurden wir zur ersten politischen Kraft des Landes, aber in dem anderen mittelamerikanischen Land entstand eine Minipartei, die im politischen Wettbewerb irrelevant ist und praktisch inexistent. Man passt sich an die Regeln des Spiels an, oder das System verändert einen.

F:

Was erzeugt im Fall Kolumbiens Besorgnis?

A:

Die politische Klasse Kolumbiens steckt in einer Falle des Misstrauens, das sie daran hindert, zu einem grundlegenden Konsens der Nation zu gelangen, um dem Friedensabkommen Genüge zu tun.

F:

Sie brauchten ein langes Jahr, um die Waffen niederzulegen, während man in Kolumbien sich auf Wettläufe gegen die Uhr verständigte. Macht Sie das besorgt?

A:

Hier redet man mehr vom Nachkonflikt als von einem Übergang. Wir haben uns nach Unterzeichnung des Friedensabkommens auf drei simultan verlaufende Übergangsprozesse konzentriert. Der erste bestand im Übergang vom Krieg zum Frieden, denn das ist ein Prozess der langsam mit der Zeit voranschreitet. Am Anfang ist es ein negativer Frieden, wo einfach nur nicht mehr geschossen wird, während ein integraler Frieden nur langsam entsteht. Der andere Übergang betraf eine Gesellschaft, die vom Militärischen bestimmt war, und durch Verfassungsänderungen hat man begonnen, die Gesellschaft zu entmilitarisieren. Schließlich galt es, in einem dritten Übergang eine unvollständige Demokratie abzuschaffen, in der das System keine linken Parteien tolerierte, und zu einer vollständigen Demokratie zu gelangen.